

**Predigt zum Tag der Deutschen Einheit,
dem 3. Oktober 2005
in der Stadtkirche zu Augustusburg**

Johannes der Täufer sprach zu der Menge, die hinausging, um sich von ihm taufen zu lassen: „Ihr Schlangenbrut, wer hat denn euch gewiss gemacht, dass ihr dem künftigen Zorn entrinnen werdet?“ Seht zu, bringt rechtschaffene Früchte der Buße; und nehmt euch nicht vor zu sagen: ‚Wir haben Abraham zum Vater.‘ Denn ich sage euch: Gott kann dem Abraham aus diesen Steinen Kinder erwecken. Es ist schon die Axt den Bäumen an die Wurzel gelegt; jeder Baum, der nicht gute Frucht bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen.“

Und die Menge fragte ihn und sprach: „Was sollen wir denn tun?“ Er antwortete und sprach zu ihnen: „Wer zwei Hemden hat, der gebe dem, der keines hat; und wer zu essen hat, tue ebenso.“ Es kamen auch die Zöllner, um sich taufen zu lassen, und sprachen zu ihm: „Meister, was sollen denn wir tun?“ Er sprach zu ihnen: „Fordert nicht mehr, als euch vorgeschrieben ist!“ Da fragten ihn auch die Soldaten und sprachen: „Was sollen denn wir tun?“ Und er sprach zu ihnen: „Tut niemandem Gewalt oder Unrecht und lasst euch genügen an eurem Sold!“

Als aber das Volk voll Erwartung war und alle dachten in ihren Herzen von Johannes, ob er vielleicht der Christus wäre, antwortete Johannes und sprach zu allen: „Ich taufe euch mit Wasser; es kommt aber einer, der ist stärker als ich, und ich bin nicht wert, dass ich ihm die Riemen seiner Schuhe löse; der wird euch mit dem Heiligen Geist und mit Feuer taufen. In seiner Hand ist die Worf-schaufel, und er wird seine Tenne fegen und wird den Weizen in seine Scheune sammeln, die Spreu aber wird er mit unauslöschlichem Feuer verbrennen. Und mit vielem andern mehr ermahnte er das Volk und verkündigte ihm das Heil.

Lukas 3,7-18

Liebe Gemeinde,

dieser merkwürdige Abschnitt mit den harten Worten Johannes' des Täufers, den wir gehört haben, erinnert uns, ohne dass das Wort „Gerechtigkeit“ selber fällt, an den Zusammenhang und an den Unterschied zwischen irdischer Gerechtigkeit und himmlischer Gerechtigkeit, zwischen dem zeitlichen Wohl und dem ewigen Heil, zwischen Staat und Gesellschaft auf der einen Seite und dem Reich Gottes auf der anderen Seite.

Da kommen Menschen zu dem Bußprediger Johannes und fragen: *Was sollen wir denn tun?* Es kommen Menschen aus dem ganzen Volk, und da kommen auch Staatsbedienstete, Zöllner und Soldaten.

Es ist gut, dass auch heute und hier Menschen zur Kirche kommen und uns fragen: *Was sollen wir denn tun?* Und es ist gut, dass die Kirchen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen immer wieder Stellung nehmen. Manchmal sind diese Stellungnahmen zu kompliziert, zu einseitig, oder sie werden einfach nicht gehört. Manchmal merkt man es ihnen an, dass sie von Menschen geschrieben sind, die selber nicht in politischen Entscheidungsprozessen stehen. Es ist ja immer eine Gratwanderung. Wir können und sollen als Kirche

keine politischen Programme vorlegen oder absegnen. Das ist nicht unsere Aufgabe und nicht unsere Kompetenz. Wir werden als Kirche auch keine parteipolitischen Präferenzen vertreten. Aber wenn Leute, die sich in Politik und Gesellschaft aktiv einbringen, zu uns kommen, dann werden wir ihnen sagen, was von unserem Verständnis des Evangeliums her wichtig und richtig ist.

Wir werden sie an das erinnern, woran sie schon Johannes der Täufer erinnert hat: an die Gerechtigkeit.

Es klingt ja ganz einfach: *Wer zwei Hemden hat, der gebe dem, der keines hat; und wer zu essen hat, tue ebenso.* – Mit den Worten „soziale Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ könnten wir das übersetzen. Aber da fangen die Schwierigkeiten schon an: Wie kann man das, was für den mitmenschlichen Umgang untereinander geboten ist, für ein ganzes Gemeinwesen politisch umsetzen? – Zum Erntedankfest habe ich gesagt: „Der Reichtum eines Landes zeigt sich nicht daran, wie viel Luxus die Reichen haben, sondern wie mit den Armen umgegangen wird.“ Viele befürchten, dass bei uns Wohlstand von oben her oder von einem Durchschnitt her definiert wird. So gesehen haben wir viel Wohlstand. Aber was ist mit dem Wohlstand des Einzelnen, mit dem Wohlstand dessen – und das ist zur Zeit in unserem Land das typische Beispiel –, der gestern eine ordentliche bezahlte Arbeit hatte und in einem Jahr als Hartz-IV-Empfänger nur noch das gerade so Lebensnotwendige hat? – Ich warne davor, die brennenden Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Solidarität nicht ernst zu nehmen. Der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ greift zu kurz. Er hat mich persönlich geärgert, weil er diejenigen übergeht, für die heute und morgen keine Arbeit zu schaffen ist. Seit Jahren schon frage ich mich, warum die Politiker aller Richtungen nach wie vor dem Ideal einer Arbeitsgesellschaft anhängen, in der es so was wie Vollbeschäftigung geben könnte. Anstatt von Legislatur zu Legislatur die Senkung von Arbeitslosenzahlen zum Ziel und Maßstab der Politik zu machen, wäre es vielleicht mal an der Zeit ein Gesellschaftsbild zu entwerfen, wo weniger Arbeit gerechter verteilt ist, wo persönlicher Lebenssinn und ein auskömmliches Leben nicht mehr an der Voraussetzung der Erwerbsarbeit hängen. Ein erster Schritt wäre es, zu akzeptieren und zu kommunizieren, dass diejenigen, die Arbeit haben, für die anderen, die noch nicht, nicht mehr, oder überhaupt nicht arbeiten können, mitarbeiten müssen. Ich finde in einem sozialen Gemeinwesen, sollte es in Ordnung sein, dass, wer gut verdient, auch die Hälfte seines Einkommens für staatliche Aufgaben und für die soziale Sicherung des eigenen und des fremden Lebens aufbringt. Wer nur auf die Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten orientiert, der entsolidarisiert unsere Gesellschaft.

Wer im Parteinamen das „C“ wie „christlich“ führt, sollte auch politisch christlichen Werten wie Gerechtigkeit und Nächstenliebe verpflichtet sein. Wer sich „sozial“ nennt, der sollte auch Politik für die Solidarität und den Zusammenhalt in der Gesellschaft machen. Wer sich die Freiheit auf die Fahnen schreibt, der sollte beachten, dass Freiheit auch etwas mit Lebenschancen für alle zu tun hat. Und wer das Thema Ökologie, oder christlich gesprochen die „Bewahrung der Schöpfung“ obenansetzt, der möge im Blick behalten, dass wir Politik für Menschen und nicht für Feldhamster machen.

Wenn wir als Christen an die Gerechtigkeit erinnern, dann tun wir das von der Bibel her, wo Gerechtigkeit ein zentraler Begriff ist. Wir tun es aber auch in dem Wissen, dass wir als Christen kein Monopol auf die Sache der Gerechtigkeit haben. Gerechtigkeit ist ein menschliches und menschheitliches Anliegen, das in vielen Religionen und in einem religionslosen Humanismus ebenso zu Hause ist, wie bei uns. Und so soll und darf sich jeder an der Suche nach mehr Gerechtigkeit beteiligen.

Aber als Christen hören wir den Ruf nach Gerechtigkeit nicht nur als menschliche Forderung, sondern als göttlichen Anruf an unser Leben. Die Frage an Johannes den Täufer ist ja eigentlich die Frage: „Was sollen wir tun – als Menschen, die nach dem Willen Gottes leben wollen und sollen?“ Es ist gut und wichtig, dass wir als Kirche und Christen daran erinnern, dass wir mit unserem Leben in einer letzten Verantwortung stehen, in der Verantwortung vor Gott. Unser Grundgesetz erinnert in seiner Präambel an die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Gerade diese doppelte Verantwortung verpflichtet uns, als Christen dem irdischen Zusammenleben nicht gleichgültig gegenüberzustehen, sondern danach zu trachten, nach bestem Wissen und Vermögen das Wohl der Gemeinschaft zu suchen und zu fördern. Es ist gut, dass ein überdurchschnittlich großer Teil derer, die in der Wende und nach der Wiedervereinigung in unserem Land politisch aktiv geworden sind, Christen sind, dass sie genau im Wissen um diese letzte Verantwortung etwas tun für das Gemeinwohl. Bei vielen von Ihnen, die Sie heute hier sind, ist das so. Und das ist gut.

Johannes der Täufer weist in seiner Predigt auf den hin, der nach ihm kommt, auf Jesus Christus, den, der den Menschen noch mehr und weiter Gehendes sagen kann als er selbst. Johannes erinnert an die Verantwortung der Menschen für die irdische Gerechtigkeit. Jesus bringt die himmlische Gerechtigkeit. Bei Jesus geht es um mehr als um ein gutes und gerechtes Zusammenleben der Menschen, bei ihm geht es um das Reich Gottes. Das ist die große Vision und Verheißung der vollkommenen Gerechtigkeit. Da geht es nicht nur um das zeitliche Wohl, sondern um das ewige Heil. Das ist mehr als jeder Staat und jede Gesellschaft hier auf Erden je verwirklichen kann. Und wehe, ein irdischer Staat tritt mit diesem Anspruch auf, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen! Ein solcher Staat pervertiert zur Unmenschlichkeit und geht über kurz oder lang unter. Das haben wir selbst bei uns erlebt.

Wenn wir als Kirche das Reich Gottes verkündigen, dann sagen wir gleichzeitig allen, die sich um unser menschliches, gesellschaftliches und staatliches Zusammenleben mühen: Erkennt eure Grenzen! Ihr werdet kein Himmelreich auf Erden schaffen können. Ihr werdet keine vollkommene Gerechtigkeit herstellen können. Wo Menschen unter menschlichen und oft allzumenschlichen Bedingungen zusammenleben, wird es immer Probleme, Konflikte und Ungerechtigkeiten geben. Ihr sollt versuchen, Regeln und Ordnungen für das Zusammenleben zu finden, nach denen Konflikte möglichst friedlich gelöst werden können und Ungerechtigkeiten auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Aber es werden euch ständig neue Probleme erwachsen. Und ihr werdet ständig nach neuen Lösungen Ausschau halten müssen, oftmals auch nach dem Prinzip „Versuch und Irrtum“. Wenn ihr als politisch denkende und handelnde Menschen nach Gerechtigkeit strebt, dann werdet ihr euch dennoch nicht immer einig sein, was Gerechtigkeit im Einzelnen bedeuten mag, und schon gleich gar nicht darüber, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen sie

zu erreichen ist. Mit diesen Grenzen müsst ihr leben, innerhalb dieser Grenzen müsst ihr handeln.

Als Christen und Kirchen sagen wir Ja zur Demokratie. Weil sie eben Regeln und Verfahren bereitstellt, nach denen wir gemeinsam nach Zielen und nach Mitteln suchen können, und nach denen es möglich ist, Irrtümer zu machen und Irrtümer korrigieren. Und nicht zuletzt bietet uns als Christen die Demokratie die größten Chancen, selber mitzudenken und mitzuhandeln zum Wohl der Menschen.

Dass wir immer nur und immer noch auf dem Wege sind, dass es immer noch mehr und Größeres gibt als die irdische Gerechtigkeit, daran erinnern wir als Christen und als Kirchen. Wir bezeugen und verkündigen, dass das Leben der Menschen in Ordnung kommen kann, auch da, wo äußerlich vieles noch nicht in Ordnung ist. Wir bekennen, dass wir als Menschen die göttliche Gerechtigkeit nicht erreichen können, aber wir glauben, dass Gott sie uns schenkt. Wir richten uns und die Menschen aus auf das große kommende Ziel, das Reich Gottes. Wir wünschen uns, dass in unserem Gemeinwesen Raum ist, dass wir diesen Auftrag, das ewige Heil zu verkündigen, in aller Freiheit wahrnehmen können, und wir sind dankbar, dass wir in unserem freiheitlichen, demokratischen und vereinigten Deutschland diese Freiheit haben.

Kirche und Staat, Christentum und Gesellschaft brauchen einander. Es ist gut, wenn das auf beiden Seiten gesehen und anerkannt wird. Es ist gut, wenn Christen Verantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen und wenn Politiker und politisch und gesellschaftlich aktive Menschen Christen sind. Himmliche und irdische Gerechtigkeit sind zweierlei, aber sie gehören zusammen. Amen.